

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsstelle: Dresdner Nachrichten
Verlagsnummer: 23 241
Für die Redaktion: Nr. 23 241
Schließung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - K. 1, Marienstraße 23/24

Druckgröße bei 100% zweifacher Faltung monatlich 3,30 Mk. (einschl. Porto für 1000 Exemplare) bei 50% Faltung (ohne Postgebühren) bei 100% Faltung monatlich 2,00 Mk. (einschl. Porto für 1000 Exemplare) bei 50% Faltung monatlich 1,50 Mk. (einschl. Porto für 1000 Exemplare) bei 25% Faltung monatlich 1,00 Mk. (einschl. Porto für 1000 Exemplare) bei 12,5% Faltung monatlich 0,50 Mk. (einschl. Porto für 1000 Exemplare)

Druck u. Verlag: Siegel & Reichardt,
Kreuzstr. 10, 1068 Dresden
Kopierdruck mit bestm. Qualität
(Zerdr. Nachr.) zulässig. Unverleumdung
Schuldlos werden nicht aufbewahrt

Der Ausbau des Wirtschaftsprogramms

Heute Entscheidung über die Kontingente

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Sept. Das Reichskabinett, das am Freitagvormittag zusammengetreten ist, steht vor außerordentlich schwerwiegenden Entscheidungen. Der Plan des Kanzlers nebst den weiteren Maßnahmen, die das Wirtschaftsprogramm vorseht, soll heute zu Ende gebracht werden. Im Vordergrund steht die Zinssenkungsfrage und die Frage der Kontingentierung der Landwirtschaftlichen Einfuhr. Die Wirtschaftskontingente sind so ab, daß auf der einen Seite die Industrie, die noch geistert durch den Reichsverband in einem Telegramm an den Kanzler zum Ausdruck gebracht hat, daß eine Kontingentierung den Erfolg, den die Landwirtschaft von ihr erhofft, nicht haben könne und die Industrie nur schädigen werde. Demgegenüber wird von landwirtschaftlicher Seite geltend gemacht,

industriell eingestellten Minister, insbesondere der Reichswirtschaftsminister, dessen Standpunkt dem des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ziemlich ähnlich sein dürfte. Hinsichtlich der Zinssenkung werden vier Möglichkeiten erörtert: Einmal eine generelle Zinsenkung, die unseren Informationen nach kaum Aussicht haben dürfte, beschließen zu werden, zum zweiten eine generelle Zinsenkung für die Landwirtschaft, für die im Kabinett schon mehr Neigung ist, zum dritten ein Umtausch landwirtschaftlicher Pfandbriefe in 4%ige Pfandbriefe mit Reichsgarantie und Steuervorteilen, und endlich die Stundung aller Zinsen über 4% auf drei Jahre unter Zuschlag dieser gestundeten Zinsen zum Kapital.

Die Landwirtschaft drängt auf eine Regelung der Zinsfrage, während man in Industrie und Handelskreisen weniger von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens überzeugt ist.

Heute wird wahrscheinlich die Reichsregierung in diesem Punkt wie auch hinsichtlich der Kontingentierungsfrage zu einer Entscheidung kommen. Der Reichsernährungsminister hat dann die Absicht, das Ergebnis der Beratungen entweder unmittelbar nach der Kabinettsitzung oder, wie früher in Aussicht genommen, auf der Tagung der baulichen Bauernvereine in München zu verkünden.

Rabinettstife in England

London, 23. Sept. Erstzunehmende Zeitungen wie der „Daily Telegraph“ rechnen in bestimmter Form mit der Rückkehr des Rücktritts der liberalen Minister. Der oppositionelle „Daily Herald“ behauptet, daß Lord Snowden die liberalen Minister zum Auscheiden aus der Regierung durch seinen Entschluß veranlaßt habe, selbst zurückzutreten. Die Entscheidung der liberalen Minister sei am Donnerstag bereits gefallen. Der Ministerpräsident Macdonald sei davon unterrichtet worden. Außer Sir Herbert Samuel, Sir Archibald Sinclair und Lord Snowden würden vier Unterstaatssekretäre zurücktreten. Es würden bereits Schritte vorbereitet, um die Lücken im Kabinett durch andere Personen auszufüllen. Macdonald habe keine Vermittlungsversuche aufgegeben, nachdem Snowden sich zum Rücktritt entschlossen habe.

Merkwürdige Methoden Dr. Weiskopf

Berlin, 23. September. In dem Prozeß gegen die „Angriff“-Redakteure wegen Verleumdung des Polizeipräsidenten a. D. Grzesinski und des früheren Polizeipräsidenten Dr. Weiskopf wurden heute mehrere Kriminalassistenten vernommen, die fast übereinstimmend bezeugten, bei Aufhebung von Spielklubs sei ihnen von den Vätern der Vormurr gemacht worden, daß sie gegen die Klubs nicht vorzugehen, in denen Dr. Weiskopf verkehre. Dann wurde Kommissar Futh als Zeuge vernommen, der u. a. ausfragte: Vor einiger Zeit wurde ich in das Dienstzimmer des Polizeipräsidenten Dr. Weiskopf gerufen. Es war gerade in einer Anfrage Behauptungen über Frau Dr. Weiskopf aufgetaucht. Dr. Weiskopf war sehr empört, daß er die Urheber dieser Behauptungen wegen ihrer Immunität nicht zur Rechenschaft ziehen konnte, und

da beauftragte er mich, daß ich mich mit einem Journalisten in Verbindung setzen sollte, der sich diese Vorwürfe zu eigen machen sollte, damit man ihn verurteilen könne. Dafür sollten ihm 300 Mark angeboten werden.

Später hat dann der Polizeipräsident seinen Auftrag zurückgezogen. — Polizeipräsident Dr. Weiskopf betonte, daß er die Angelegenheit vorher mit seinem Vorgesetzten im Polizeipräsidentium und Ministerium des Innern besprochen habe. Regierungsdirektor Görtz sagte mir, ich hätte mich aus bestimmten Gründen gerade nicht an Futh wenden dürfen, und deshalb zog ich meinen Antrag zurück. Ich habe dann einen anderen Herren ausfindig gemacht, der dem Reichsbanner angehört, und dieser hat sich die Behauptungen gegen meine Frau zueigen gemacht und ist wegen Verleumdung angeklagt worden. Der Mann, der zunächst dem Reichsbanner angehört hat und gegen den sich der Prozeß richtete, ist dann aber in der Zwischenzeit nach rechts abgewandert. Vor einiger Zeit habe ich eine Mitteilung von ihm bekommen, er wäre durch den Prozeß, den er freiwillig gegen mich auf sich genommen habe, in seinem Ansehen geschädigt, und ich müsse Schadenersatz an ihm leisten. Polizeipräsident Dr. Weiskopf verwarf die Sache dann in großer Erregung gegen den Vorwurf, daß er sich einer unerhörten Polizeimethode bedient habe.

Ein eigenartiger Zeuge

Berlin, 23. Sept. Im Sondergerichtsprozeß gegen die Charlottenburger neun Kommunisten, die des Ueberfalles auf das nationalsozialistische Verkehrslokal in der Mühlengasse bezichtigt werden, kam es am Freitag zu einer eigenartigen Zeugenvernehmung. Der 70jährige Steinschmeißer Franz Engelhardt hatte bei seiner polizeilichen Vernehmung die neun Kommunisten als die Täter bezeichnet. Als Zeuge vor dem Sondergericht erklärte der 70jährige Mann aber nun, daß er keine belastende Aussage nicht mehr aufrechterhalten könne. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er denn dann bei der polizeilichen Vernehmung mit solcher Bestimmtheit die Kommunisten als die Täter bezichtigt habe, erwiderte der Zeuge: „Die Polizei hat mich erregt. Sie hat mir erzählt, es seien keine Kommunisten, sondern Nationalsozialisten. Da habe ich sie belastet.“

Reichsbanner Ohlau aufgelöst

Berlin, 23. Sept. Auf Anordnung des stellvertretenden preussischen Staatskommissars Dr. Pracht verfiel der Reichsbannerpräsident von Niederschlesien, Dr. Dapp, die Auflösung der Ortsgruppe Ohlau des Reichsbanners. Veranlassung dazu haben die blutigen Zwischenfälle am 10. Juli. Die Staatsregierung sieht in dem Verhalten der Reichsbannerortsgruppe Ohlau bei den blutigen Vorfällen am 10. Juli einen Verstoß gegen § 2 des Vereinsgesetzes, nach dem Vereine aufgelöst werden können, deren Zwecke gegen die Strafgesetze verstoßen.

v. Gronau in Shanghai gelandet. Nach einer Meldung der Associated Press ist der deutsche Pilger v. Gronau in Shanghai gelandet.

Die Tagung des Völkerbundsrates eröffnet

Trauerkundgebung für Gravina

Genf, 23. Sept. Die 28. Tagung des Völkerbundsrates wurde heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten des irischen Freistaates, de Valera, eröffnet. Deutschland ist durch seinen Außenminister Freiherrn v. Neurath vertreten. Die Tagung begann mit einer kurzen, sehr eindrucksvollen Trauerkundgebung für den verstorbenen Völkerbundsamtsminister in Danzig, Grafen Gravina. Der Völkerbundspräsident hielt dabei eine Ansprache, die von der Versammlung stehend angehört wurde. Die Sitzung wurde dann zum Zeichen der Trauer auf fünf Minuten unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung sprach der Vertreter Italiens seinen aufrichtigen Dank aus.

„Verhandlung ohne Gleichberechtigung sinnlos“

v. Neurath über Deutschland und die Abrüstungskonferenz
Berlin, 23. Sept. In der Zeitschrift der deutschen Liga für Völkerbund veröffentlicht Reichsaußenminister v. Neurath einen Artikel, in dem er einmals noch einmal die im Versailles Vertrag niedergelegte allgemeine Verpflichtung zur Abrüstung darlegt, dann auf die bisherige Erfolglosigkeit der Abrüstung hinweist, und fortführt:

Die Mehrheit der auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Staaten war nicht gewillt, einem System der allgemeinen Abrüstung zuzustimmen, das dem des Versailles Vertrages entspricht. Die Resolution, mit der die Völkerbundsversammlung die Abrüstungskonferenz ihr Ende fand, hat diese Willensrichtung konfirmiert. Es wird in ihr ein System der allgemeinen Abrüstung festgelegt, das von dem der deutschen Abrüstung sich grundlegend unterscheidet, leider im Sinne der Abrüstung, das im Sinne der Abrüstung. Es ist klar geworden, daß die allgemeine Abrüstung von Deutschlands weit zurückbleiben wird. Dadurch wird von selbst die Frage der deutschen Gleichberechtigung aufgeworfen: Es liegt auf der Hand, daß die Mitwirkung Deutschlands an der allgemeinen Abrüstung, seine Beteiligung an den Abrüstungsverhandlungen in Genf sinnlos und zwecklos wären.

wenn die Konvention für die allgemeine Abrüstung, die das Ergebnis dieser Verhandlungen sein soll, nachher für Deutschland keine Gültigkeit befähigt, sondern einen Dauerzustand zweierlei Rechtes in der Abrüstungsfrage für verschiedene Gruppen von Völkern herbeiführen würde.

Deshalb mußte die deutsche Regierung auf eine Entscheidung in der Gleichberechtigungsfrage drängen. Das lag weniger an ihr, als an denjenigen, die sich offensichtlich weigern, dieselben Verpflichtungen zu übernehmen, die Deutschland in Versailles auferlegt wurden.

Ich brauche kaum darauf hinzuweisen, daß die Frage der Gleichberechtigung für das deutsche Volk als eine Lebensfrage angesehen wird, über die es keine Meinungsverschiedenheit gibt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Deutschland an einer Konvention über allgemeine Abrüstung teilnehmen könnte, die nicht auf dem Prinzip der Gleichberechtigung, d. h. der Gleichheit der Rechte und Pflichten aller Beteiligten, aufbaut ist. Deutschland ist nach wie vor bereit, an der allgemeinen Abrüstung mitzuwirken, und kein Volk kann ein tieferes Interesse an einer möglichst weitgehenden und wirksamen allgemeinen Abrüstung haben als das deutsche. Aber die allgemeine Abrüstung muß das von vornherein nur als vorübergehend an-

genommene Regime einseitiger deutscher Abrüstungsverpflichtungen beendigen. Es können künftig nur noch dieselben Verpflichtungen für alle gelten.

Der Artikel schließt mit der Hoffnung, daß die deutsche Haltung den Verhandlungen über die allgemeine Abrüstung einen neuen und entscheidenden Impuls geben werde.

Neue Initiative Hendersons

Genf, 23. Sept. In diesem Kreise besteht übereinstimmend der Eindruck, daß die allgemein erwarteten Unterredungen hinter den Kulissen über die Gleichberechtigungsfrage sehr langsam anfangen. Bisher ist von keiner Seite irgendein erster Schritt zu diesen Besprechungen getan worden. Dagegen entwickelt der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, jetzt eine neue Initiative, um eine möglichst baldige Beendigung der Gleichberechtigungsfrage in einer öffentlichen Sitzung des Völkerbunds möglichst noch Mitte nächster Woche herbeizuführen. Die Anknüpfung Hendersons, daß er dem Büro eine Denkschrift zur „Erläuterung der Lage“ vorlegen werde, hat in englischen und französischen Kreisen größte Unruhe ausgelöst. Das engere Büro und Benesch angehören, tritt heute zusammen, zweifellos, um Henderson von seiner Absicht abzubringen. In gut unterrichteten englischen Kreisen wird heute früh erklärt,

daß Simon an seiner bisherigen Linie der unannehmlichen Haltung gegenüber Deutschland nicht länger festhalten könne

und daß unter dem Druck der öffentlichen Meinung Englands die englische Regierung sehr dem zweiten Teil des englischen Memorandums über die Gleichberechtigungsfrage in den Vordergrund rücken und als Grundlage der Verhandlungen nehmen werde. Man befürchtet offenbar in englischen Kreisen, daß man in dem Einigenkommen gegenüber Frankreich zu weit gegangen ist und daß man die deutsche Regierung zwangsläufig in ihre bisherige Haltung gedrängt habe.

Die neuen deutschen Botschafter ernannt

Berlin, 23. September. Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat den Gesandten in Belgrad, von Dassel, zum Botschafter bei der italienischen Regierung in Rom an Stelle des in den einseitigen Ruhestand versetzten bisherigen Botschafters von Schubert ernannt. Weiter hat der Herr Reichspräsident als Nachfolger des seitherigen Botschafters, letzten Reichsministers des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, den bisherigen Botschafter in Paris, von Seelig, zum Botschafter in London, und an seiner Stelle den derzeitigen Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Ritter, zum Botschafter in Paris ernannt. — Weitere Personalveränderungen auf Botschafterposten stehen nicht bevor.

Eine Grenzlandkundgebung verboten

Wien, 23. Sept. Die Vorarlberger Landesregierung hat die von der nationalsozialistischen Partei für den 1. und 2. Oktober in Bregenz geplante Grenzlandkundgebung verboten. Weiter erließ die Landesregierung eine Verfügung, durch die den reichsdeutschen Nationalsozialisten das Ueberkreuzen der Grenze in Uniform verboten wird.